

PATRICK HILBERT

Die Informationsfunktion von Parlamenten

Jus Publicum

310

Mohr Siebeck

JUS PUBLICUM

Beiträge zum Öffentlichen Recht

Band 310



Patrick Hilbert

Die Informationsfunktion von Parlamenten

Zugleich ein Beitrag zur
demokratischen Bedeutung
des Europäischen Parlaments

Mohr Siebeck

Patrick Hilbert, geboren 1985; Studium der Rechtswissenschaft an der Universität Bayreuth; 2014 Promotion; 2016 Zweite Juristische Staatsprüfung; Akademischer Rat a. Z. am Institut für deutsches und europäisches Verwaltungsrecht, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg; 2021 Habilitation ebenda; seit 2022 Professor für Öffentliches Recht, insbesondere Verwaltungsrecht an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder).
orcid.org/0000-0002-6654-8752

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) – 496814954

ISBN 978-3-16-160990-9 / eISBN 978-3-16-160991-6

DOI 10.1628/978-3-16-160991-6

ISSN 0941-0503 / eISSN 2568-8480 (Jus Publicum)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2022 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohrsiebeck.com

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde Druck in Tübingen gesetzt, auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Spinner in Ottersweier gebunden.

Printed in Germany.

Franziska, von Herzen

Dank

Dieses Buch basiert auf meiner im Sommersemester 2021 von der Juristischen Fakultät der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg angenommenen Habilitationsschrift. Sein Erscheinen ist weder Anfangs- noch Endpunkt, sondern eine Zwischenstation, die zu Worten des Dankes Gelegenheit gibt.

Herzlich danke ich meinem verehrten akademischen Lehrer, Prof. Dr. Dr. h.c. Wolfgang Kahl, M.A. Er hat die Entstehung dieser Schrift umsichtig begleitet und ihr die notwendigen Freiräume eröffnet. Vor allem aber steht er mir mit wissenschaftlicher und menschlicher Anteilnahme seit langem als unverzichtbarer Gesprächspartner und Ratgeber zur Seite, wofür ich äußerst dankbar bin.

Herrn Prof. Dr. Hanno Kube, LL.M. danke ich sehr für die überaus zügige Erstattung des eingehenden Zweitgutachtens sowie manchen Denkanstoß, auch jenseits des Verfahrens.

Der Deutschen Forschungsgemeinschaft danke ich für die Gewährung einer Publikationsbeihilfe.

Bei der Entwicklung meiner Ideen und deren fortlaufender kritischer Prüfung haben mich in Gesprächen und Diskussionen viele Menschen, zum Teil unbewusst, unterstützt und inspiriert. Ihnen allen gebührt Dank. Neben den hilfreichen Auskunftgebenden aus verschiedenen Parlamenten danke ich für besonders eingehende und/oder spontane Gesprächsbereitschaft Tristan Barczak, Stefanie Egidy, Torben Ellerbrok, Sina Fontana, David Kuch und – nur alphabetisch an letzter Stelle – Jochen Rauber herzlich.

Ein Buch zu schreiben, verlangt den Versuch, zu verstehen. Hierfür war ich auf das Verständnis anderer angewiesen – und habe es von denen, die mir wichtig sind, überreich erfahren. Dafür kann ich nicht genug danken.

Heidelberg, am 3.10.2021

Patrick Hilbert

Inhaltsübersicht

Dank	VII
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungs- und Rechtsaktverzeichnis	XXI
 Einleitung	 1
 ERSTER TEIL: Die demokratische Bedeutung der Parlamentsfunktionen	 3
§ 1 Parlamente und ihre Funktionen in der Demokratie	5
§ 2 Die Wahl: Vermittlung demokratischen Potentials in zwei Dimensionen	12
§ 3 Die Bedeutung von Kompetenzen und Informationen für die Demokratie	28
§ 4 Die Parlamentsfunktionen	39
 ZWEITER TEIL: Die Informationsfunktion von Parlamenten	 51
§ 5 Standortbestimmung der Informationsfunktion	53
§ 6 Die Informationstätigkeit von Parlamenten	77
§ 7 Warum Information (auch) durch Parlamente?	121
§ 8 Grenzen parlamentarischer Informationstätigkeit	165
§ 9 Pflicht zur Information?	245
§ 10 Demokratische Implikationen der Informationsfunktion	256

DRITTER TEIL: Die Informationsfunktion des Europäischen Parlaments	269
§ 11 Das demokratische Potential des Europäischen Parlaments	271
§ 12 Das Europäische Parlament als Parlament	309
§ 13 Die Informationstätigkeit des Europäischen Parlaments	317
§ 14 Grenzen der Informationstätigkeit des Europäischen Parlaments	365
§ 15 Pflicht zur Information	404
§ 16 Die demokratische Bedeutung der Informationsfunktion des Europäischen Parlaments	414
Kein Ende	427
Literaturverzeichnis	429
Sachregister	493

Inhaltsverzeichnis

Dank	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungs- und Rechtsaktverzeichnis	XXI
Einleitung	1
ERSTER TEIL: Die demokratische Bedeutung der Parlamentsfunktionen	3
§ 1 Parlamente und ihre Funktionen in der Demokratie	5
I. Erwartung: Einspeisung demokratischer Legitimation	5
II. Legitimationseinspeisung durch Funktionenwahrnehmung	8
§ 2 Die Wahl: Vermittlung demokratischen Potentials in zwei Dimensionen	12
I. Die demokratische Notwendigkeit periodischer Wahlen	12
1. Die Wahl als Ausdruck kollektiver Selbstbestimmung	13
a) Personalauswahl statt Bestenauslese	13
b) Bewusste Auswahl statt Los	15
c) Freiheit und Gleichheit als notwendige Standards	16
2. Periodizität als Sicherung der Selbstbestimmung	17
II. Die zwei Dimensionen der Wahl	19
1. Hintergrund: Wirkungen der Wahl	19
a) Ermächtigung	19
b) Kontrolle	22
c) Präferenzartikulation	23
2. Die prospektive Dimension	24
3. Die retrospektive Dimension	25
4. Zusammenschau der Dimensionen	26

§ 3	Die Bedeutung von Kompetenzen und Informationen für die Demokratie	28
I.	Kompetenzen des Parlaments	28
II.	Informationen der Wähler	30
	1. Begriff der Information	31
	2. Keine Pflicht der Wähler, sich zu informieren – aber Notwendigkeit eines Informationsangebots	32
	3. Keine „Vollinformation“	35
	4. Prospektive Dimension	36
	5. Retrospektive Dimension	36
III.	Folgerungen	37
§ 4	Die Parlamentsfunktionen	39
I.	Konkrete und abstrakte Funktionenbeschreibungen	39
II.	Kontingenz der Parlamentsfunktionen	41
III.	Die klassischen Parlamentsfunktionen	41
	1. Der Funktionenkatalog von W. Bagehot	41
	2. Die Funktionenbeschreibung von J. S. Mill	42
	3. Die zeitgenössischen Funktionenkataloge	43
	a) Rechtsetzungsfunktion	44
	b) Kreationsfunktion	45
	c) Kontrollfunktion	45
	d) Kommunikationsfunktion	46
	e) Europafunktion	48
IV.	Erweiterungsbedarf um die Informationsfunktion	48
ZWEITER TEIL: Die Informationsfunktion von Parlamenten		51
§ 5	Standortbestimmung der Informationsfunktion	53
I.	Skizze der Informationsfunktion	54
	1. Die Informationen der Informationsfunktion	54
	2. Die übersehene Informationsfunktion und ihr Aufstieg im Zuge der Digitalisierung	56
II.	Verhältnis zu den anderen Parlamentsfunktionen	60
	1. Kommunikationsfunktion	61
	a) „Responsivität“	61
	b) „Forum der Nation“	62
	c) Öffentlichkeitsarbeit	63

2. Kontrollfunktion	65
3. Rechtsetzungsfunktion	66
4. Kurationsfunktion	67
5. Die Informationsfunktion als eigenständige (Querschnitts-)Funktion	67
III. Verhältnis zur „Öffentlichkeit“	69
1. Parlamentsöffentlichkeit	69
2. Öffentlichkeit als gesellschaftliche Kommunikationssphäre . .	71
IV. Verhältnis zur Informationsfreiheit	72
V. Begriffliches	74
 § 6 Die Informationstätigkeit von Parlamenten	 77
I. Informationserzeugung	79
1. Plenardebatte	80
2. (Namentliche) Abstimmungen	85
3. Abstimmungsvorschläge und ihre Begründungen	87
4. Berichte von Ausschüssen, Kommissionen und sonstigen Gremien	90
5. Parlamentsinterne Beratungskapazitäten	92
6. Bereichsspezifische Informationserzeugungseinheiten	94
7. Offenlegungspflichten	95
8. Biographische Angaben über die Parlamentarier	96
9. Der Plenarsaal als Forum besonderer Veranstaltungen (Gedenksitzungen, Feierstunden etc.)	96
10. Öffentlichkeitsarbeit	97
II. Informationsbeschaffung	98
1. Fragerechte	98
2. Öffentliche Anhörungen	100
3. Sonstige Ermittlungsbefugnisse	103
4. Berichtspflichten gegenüber dem Parlament	104
5. Externe Redner	106
III. Informationsbereitstellung	107
1. Bereitstellung als eigenständige Leistung mit Mehrwert	108
2. Eigeninitiative Bereitstellung	108
3. Parlamentarische Informationsbereitstellung als heutiger Normalzustand	108
4. Niederschwelliger Zugang als Voraussetzung und Bewertungskriterium	110
5. Technische Herausforderungen: Präservierung, Authentizität und Barrierefreiheit	110
6. Verrechtlichung der Informationsbereitstellung	111

7.	Typische Erscheinungsformen	113
a)	Veröffentlichung von Parlamentaria	114
b)	Parlamentsfernsehen	114
c)	Sonstige Angebote, insb. auf Websites von Parlamenten . . .	115
d)	Soziale Medien	117
8.	Zum tatsächlichen Stand der Bereitstellung	118
9.	Qualität der Informationsbereitstellung als Indiz der Demokratizität	119
§ 7	Warum Information (auch) durch Parlamente?	121
I.	Vorteile der Information durch Parlamente	121
1.	Kostenlose und dauerhafte Bereitstellung	122
2.	Bereitstellung von Primärquellen	123
3.	Bereitstellung von Informationen über andere politische Akteure und Hintergründe	124
4.	Plurale Besetzung von Parlamenten	124
5.	Parlamentarische Informationslogik	127
6.	Privilegierter Zugang zu Informationen	129
7.	Parlamente als lernende Institutionen	131
II.	Gefahren der Information durch Parlamente	134
1.	Politische Instrumentalisierung der Informationsfunktion . . .	134
2.	Falsche Richtigkeitsvorstellungen	137
3.	Überinformation	139
4.	Ungleicher faktischer Informationszugang (digital divide) . . .	140
5.	Unsicherheiten des Informationsbestandes	143
6.	Einseitigkeiten der Informationstätigkeit	144
III.	Verhältnis zu anderen Informationsquellen	146
1.	Die klassischen Medien	147
a)	Die heutige Ausgangslage der Medien	147
b)	Probleme der Medien	150
c)	Das Verhältnis von Medien und Parlament: Symbiose mit sich ergänzenden Informationsangeboten	151
2.	Angebote in den neuen Medien	153
3.	Wissenschaft als Gegenöffentlichkeit	155
4.	Regierungen	156
5.	Parteien	158
6.	Fraktionen	160
7.	Einzelne Politiker	162
8.	Besondere hoheitliche Stellen	162
IV.	Fazit	164

§ 8	Grenzen parlamentarischer Informationstätigkeit	165
I.	Demokratieprinzip	167
1.	Ausgangspunkt: Keine „Staatsfreiheit“ der Willensbildung . .	167
2.	(Kein) Verbot von falschen Informationen?	169
a)	Demokratische Wahrheitspflicht	169
b)	Relativierung für das Parlament durch die Indemnität („Recht auf Lüge“)	169
c)	Differenzierte Reichweite der Relativierung	173
3.	(Kein) Verbot einseitiger politischer Werbung?	178
a)	Verbot unlauterer Eingriffe in den demokratischen Wettbewerb statt Neutralitätspflicht	178
aa)	Demokratische Neutralitätspflicht?	178
bb)	Bloßes Sachlichkeitsgebot?	180
cc)	Verbot unlauterer Eingriffe in den demokratischen Wettbewerb	181
b)	Relativierung für das Parlament: Indemnität und freies Mandat	185
aa)	Die Indemnität	186
bb)	Das freie Mandat	186
c)	Differenzierte Reichweite der Relativierung	190
aa)	Äußerungen von Parlamentariern (im Parlament)	190
bb)	Berichte von Ausschüssen und sonstigen Gremien	191
cc)	Wiedergabe von Äußerungen Dritter	192
dd)	Politische Instrumentalisierungen parlamentarischer Rechte	193
ee)	Veröffentlichungen von unterstützenden Einrichtungen	194
ff)	Öffentlichkeitsarbeit	195
4.	Fazit	199
II.	Grundrechte	199
1.	Eingriff durch Informationshandeln	200
a)	Mittelbare und unmittelbare Eingriffe	200
b)	Eingriffe durch Informationserzeugung und Informationsverbreitung	203
c)	Eingriffe durch Informationsbeschaffung	204
2.	Eingriffsgrundlage	205
a)	Parlamentarische Äußerungen	206
b)	Veröffentlichung von Äußerungen von Parlamentariern in Protokollen und Drucksachen	208
aa)	Öffentliche Äußerungen	208
bb)	Nicht-öffentliche Äußerungen	208
(1)	Gesetzliche Regelungen	209

	(2) Geschäftsordnung?	209
	(3) Aufgabe der „Staatsleitung“ und zur Öffentlichkeitsarbeit?	210
	(4) Eingriffsgrundlage der Äußerung?	212
	(5) Fazit	212
	c) Veröffentlichung sonstiger Materialien	212
	d) Beschaffung von Informationen	213
	3. Sonstige Rechtfertigungsanforderungen	214
	4. Fazit	214
III.	Kompetenzverteilung	214
IV.	Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung	219
V.	Verhältnismäßigkeit	221
VI.	Medienrecht	223
	1. Rundfunkrecht	223
	2. Telemedienrecht	230
	3. Presserecht	233
VII.	Datenschutzrecht	235
	1. Datenschutz-Grundverordnung	235
	2. Bundesdatenschutzgesetz	237
	3. Parlamentarische Datenschutzordnungen	239
VIII.	Selbst gesetzte Grenzen	241
IX.	Geheimschutz	241
X.	Zusammenfassende Betrachtung	243
§ 9	Pflicht zur Information?	245
I.	Die demokratischen Argumente für eine Informationspflicht	247
	1. Das Argument aus der Freiheit	247
	2. Das Argument aus der Gleichheit	250
II.	Die Notwendigkeit von Arkana	251
III.	Vage Verpflichtung	254
§ 10	Demokratische Implikationen der Informationsfunktion	256
I.	Keine Legitimation durch Information	256
	1. Wider die Responsivität	257
	2. Keine Legitimation durch „gute“ Handlungen und Ergebnisse	261
II.	Keine Legitimation ohne Information	263
	1. Die Sonderrolle der Informationsfunktion im Legitimationseinspeisemechanismus	263
	2. Der überschießende Gehalt der Informationsfunktion	266
III.	Die Informationsfunktion im Gefüge der Parlamentsfunktionen	266

DRITTER TEIL: Die Informationsfunktion des Europäischen Parlaments	269
§ 11 Das demokratische Potential des Europäischen Parlaments	271
I. Das Legitimationssubjekt des Europäischen Parlaments	271
1. Die rechtsdogmatische Antwort	272
a) Die Unionsbürger	272
b) Mögliche Erweiterungen?	274
c) Das Legitimationssubjekt der EU	279
d) Weder verfassunggebende Gewalt noch Kompetenz-Kompetenz	282
2. Verfassungstheoretische Infragestellung?	284
II. Demokratische Probleme der Wahl zum Europäischen Parlament	287
1. Die fehlende Gleichheit der Wahl	287
a) Die degressive Proportionalität	287
b) Ungleiche Stimmgewichte	290
c) Herkunft des Gleichheitsmaßstabs	293
d) Erklärungs- und Rechtfertigungsversuche	295
aa) Das föderale Argument	296
bb) Das supranationale Argument	297
cc) Das pluralistische Argument	301
e) Verbleibendes Demokratiedefizit	302
2. Weitere Probleme	304
a) Kein einheitliches Wahlrecht	304
b) Die Wahl zum Europäischen Parlament als second-order-Wahl	306
c) Unklare Verantwortlichkeiten	307
III. Eingeschränktes demokratisches Potential	308
§ 12 Das Europäische Parlament als Parlament	309
I. Ein echtes Parlament	309
1. Das Europäische Parlament und die klassischen Parlamentsfunktionen	310
2. Das Parlament als politischer Faktor	313
II. Die demokratische Bedeutung des Europäischen Parlaments	315
§ 13 Die Informationstätigkeit des Europäischen Parlaments . .	317
I. Informationserzeugung	318
1. Redebeiträge im Plenum und in den Ausschüssen	318
2. (Namentliche) Abstimmungen	322

3.	Abstimmungsvorschläge und ihre Begründungen	324
a)	Sachabstimmungen	324
b)	Wahlen	327
4.	Berichte und Stellungnahmen von Ausschüssen	328
5.	European Parliamentary Research Service	331
6.	Bereichsspezifische Informationserzeugungseinheiten	332
7.	Offenlegungspflichten	335
8.	Biographische Angaben über die Parlamentarier	336
9.	Die (symbolische) Nutzung des Plenarsaals	336
a)	Preisverleihungen	336
b)	Gedenk- und Feierstunden	338
c)	Normale Nutzung als Statement	339
10.	Öffentlichkeitsarbeit	340
II.	Informationsbeschaffung	341
1.	Fragerechte	342
2.	Öffentliche Anhörungen	347
3.	Sonstige Ermittlungs- und Auskunftsbefugnisse	350
4.	Berichte gegenüber dem Parlament	350
5.	Externe Redner	351
a)	Privilegierte Redner	351
b)	Feierliche Sitzungen	352
c)	Das Plenum als politisches Forum	353
III.	Informationsbereitstellung	354
1.	Rechtliche Vorgaben	354
a)	Sitzungsdokumentation	355
b)	Zugang zu Dokumenten	357
c)	Digitale Bereitstellung	358
d)	Das zeitliche Moment – Archivierung	359
2.	Die Bereitstellungspraxis	360
3.	Die Qualität der Bereitstellung	362
IV.	Fazit	363
§ 14 Grenzen der Informationstätigkeit des Europäischen Parlaments		365
I.	Demokratieprinzip	365
1.	Demokratische Wahrheitspflicht	366
2.	Relativierung durch die Indemnität	367
a)	Die Indemnität der MdEP	367
b)	Recht auf Lüge	369
c)	Differenzierte Reichweite der Relativierung	371
3.	Verbot unlauterer Eingriffe in den demokratischen Wettbewerb	372

4.	Relativierung durch die Indemnität und das freie Mandat . . .	373
a)	Das freie Mandat der MdEP (Art. 6 Direktwahlakt)	373
b)	Die Primärrechtsqualität des Direktwahlakts	375
c)	Differenzierte Reichweite der Relativierung	378
aa)	(Parlamentarische) Äußerungen	379
bb)	Politische Instrumentalisierung parlamentarischer Rechte	379
cc)	Arbeit von unterstützenden Einheiten	380
dd)	Öffentlichkeitsarbeit	380
5.	Fazit	383
II.	Grundrechte	384
1.	Eingriff durch Informationshandeln	384
a)	Mittelbare und unmittelbare Eingriffe	384
b)	Eingriffe durch Informationserzeugung und Informationsbereitstellung	385
c)	Eingriffe durch Informationsbeschaffung	386
2.	Eingriffsgrundlage	386
a)	Parlamentarische Äußerungen	387
b)	Veröffentlichung parlamentarischer Äußerungen	389
c)	Veröffentlichung sonstiger Materialien	389
d)	Beschaffung von Informationen	390
3.	Sonstige Rechtfertigungsanforderungen	390
III.	Kompetenzverteilung	390
IV.	Kernbereichsschutz anderer Organe	392
V.	Verhältnismäßigkeit	393
VI.	Medienrecht	394
VII.	Datenschutzrecht	397
VIII.	Selbst gesetzte Grenzen	399
1.	Inhaltliche Grenzen	399
2.	Formale Grenzen	399
IX.	Geheimschutz	401
X.	Fazit	403
§ 15	Pflicht zur Information	404
I.	Konkrete positivrechtliche Pflichten	404
II.	Pflichten aus dem primärrechtlichen Demokratieprinzip	405
1.	Skizze des primärrechtlichen Demokratieprinzips	406
2.	Offenheit als demokratisches Optimierungsgebot	407
3.	Pflicht zur Informationsbereitstellung	411
III.	Das Dilemma der Arkana	412

§ 16 Die demokratische Bedeutung der Informationsfunktion des Europäischen Parlaments	414
I. Keine Legitimation durch Information – auch nicht in der EU . . .	414
II. Die Informationsfunktion im Demokratiekonzept der EU	416
1. Bedeutung für die repräsentativen Elemente	416
2. Bedeutung für die partizipativen Elemente	420
III. Der Beitrag der Informationsfunktion zur europäischen Öffentlichkeit	422
IV. Die Informationsfunktion im Gefüge der Parlamentsfunktionen .	423
 Kein Ende	 427
 Literaturverzeichnis	 429
Sachregister	493

Abkürzungs- und Rechtsaktverzeichnis

a. A.	andere(r) Ansicht
a. a. O.	am angegebenen Ort
Abgeordnetenstatut	Beschluss des Europäischen Parlaments v. 28.9.2005 zur Annahme des Abgeordnetenstatuts des Europäischen Parlaments (2005/684/EG, Euratom), ABl. L 262, S. 1
AbgG	Abgeordnetengesetz
ABl.	Amtsblatt der Europäischen Union (und Vorgänger)
Abs.	Absatz, Absätze
Abschn.	Abschnitt
AD-BTV	AD-BTV. Allgemeiner Teil (Allgemeine Dienstanweisung für die Verwaltung des Deutschen Bundestages), Stand: 23.7.2015 (abrufbar unter: https://fragdenstaat.de/anfrage/allgemeine-dienstanweisung-fur-die-verwaltung-des-deutschen-bundestages-ad-btv/)
a. E.	am Ende
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a. F.	alte Fassung
AfP	Zeitschrift für das gesamte Medienrecht (früher: Archiv für Presserecht)
AG	Amtsgericht
allg.	allgemein
Amtl. Bull.	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung (Schweiz)
Anh.	Anhang
Anl.	Anlage
Anm.	Anmerkung
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts (Zeitschrift)
Appl. no.	Application number
Art.	Artikel, article
Arzneimittel-VO	Verordnung (EG) Nr. 726/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates v. 31.3.2004 zur Festlegung von Unionsverfahren für die Genehmigung und Überwachung von Human- und Tierarzneimitteln und zur Errichtung einer Europäischen Arzneimittel-Agentur, ABl. L 136, S. 1, zuletzt geändert durch VO (EU) 2019/5 v. 11.12.2019, ABl. 2019 L 4, S. 24
ASSP	Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik (Zeitschrift)
Aufl.	Auflage

AVDM-RL	Richtlinie 2010/13/EU des Europäischen Parlaments und des Rates v. 10.3.2010 zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung audiovisueller Mediendienste (Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste), ABl. L 95, S. 1, zuletzt geändert durch Richtlinie (EU) 2018/1808, ABl. L 303, S. 69
Az.	Aktenzeichen
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter (Zeitschrift)
BayVerf	Verfassung des Freistaates Bayern
BBC	British Broadcasting Corporation
BDSG	Bundesdatenschutzgesetz
Beschl.	Beschluss
Beschluss 94/262/EGKS, EG, Euratom	Beschluss des Europäischen Parlaments v. 9.3.1994 über die Regelungen und allgemeinen Bedingungen für die Ausübung der Aufgaben des Bürgerbeauftragten (94/262/EGKS, EG, Euratom), ABl. L 113, S. 15
Beschluss 95/167/EG, Euratom, EGKS	Beschluss des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission v. 19.4.1995 über Einzelheiten der Ausübung des Untersuchungsrechts des Europäischen Parlaments (95/167/EG, Euratom, EGKS), ABl. L 113, S. 2
Beschluss 2009/496/EG, Euratom	Beschluss des Europäischen Parlaments, des Rates, der Kommission, des Gerichtshofs, des Rechnungshofs, des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Ausschusses der Regionen v. 26.6.2009 über den Aufbau und die Arbeitsweise des Amtes für Veröffentlichungen der Europäischen Union (2009/496/EG, Euratom), ABl. L 168, S. 41
Beschluss (EU) 2018/937	Beschluss (EU) 2018/937 des Europäischen Rates v. 28.6.2018 über die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments, ABl. L 165 I, S. 1
Beschluss der Konferenz der Präsidenten v. 16.12.1999	Regelung für die Bildung interfraktioneller Arbeitsgruppen, Beschluss der Konferenz der Präsidenten des Europäischen Parlaments v. 16.12.1999, zuletzt geändert durch Beschluss der Konferenz der Präsidenten des Europäischen Parlaments v. 19.9.2019 (abrufbar unter: www.europarl.europa.eu/about-parliament/files/organisation-and-rules/organisation/intergroups/de-rules-governing-the-establishment-of-intergroups.pdf)
Beschluss der Konferenz der Präsidenten v. 12.12.2002	Verfahren für die Genehmigung der Ausarbeitung von Initiativberichten, Beschluss der Konferenz der Präsidenten des Europäischen Parlaments v. 12.12.2012, zuletzt geändert durch Beschluss der Konferenz der Präsidenten des Europäischen Parlaments v. 3.4.2019 (abrufbar unter: www.europarl.europa.eu/cmsdata/199332/F1_DE.pdf)
Beschluss der Konferenz der Präsidenten v. 15.5.2003	Satzung für den „Sacharow-Preis“ für geistige Freiheit, Beschluss der Konferenz der Präsidenten v. 15.5.2005, zuletzt geändert durch Beschluss der Konferenz der Präsidenten des Europäischen Parlaments v. 14.6.2006 (abrufbar unter: www.europarl.europa.eu/document/activities/cont/200712/20071219ATT16717/20071219ATT16717DE.pdf)

Beschluss der Konferenz der Präsidenten v. 29.10.2015	Durchführungsmaßnahmen für die Tätigkeit der Delegationen und für Reisen außerhalb der Europäischen Union, Beschluss der Konferenz der Präsidenten des Europäischen Parlaments v. 29.10.2015 (abrufbar unter: www.europarl.europa.eu/RegData/publications/reg/2015/0001/EP-PE_REG%282015%290001_DE.pdf)
Beschluss des Präsidiums v. 28.11.2001	Regelung über den Zugang der Öffentlichkeit zu den Dokumenten des Europäischen Parlaments, Beschluss des Präsidiums des Europäischen Parlaments v. 28.11.2001, zuletzt geändert durch Beschluss des Präsidiums des Europäischen Parlaments v. 22.6.2011, ABl. C 216, S. 19
Beschluss des Präsidiums v. 18.6.2003	Regelung der öffentlichen Anhörungen, Beschluss des Präsidiums des Europäischen Parlaments v. 18.6.2003, zuletzt geändert durch Beschluss des Präsidiums des Europäischen Parlaments v. 16.1.2017 (abrufbar unter: www.europarl.europa.eu/RegData/publications/reg/2003/0001/EP-PE_REG(2003)0001_DE.pdf)
Beschluss des Präsidiums v. 30.6.2003	Regelung für die Verwendung der Mittel von Haushaltsartikel 400, vom Präsidium des Europäischen Parlaments angenommen am 30.6.2003, zuletzt geändert durch Beschluss des Präsidiums des Europäischen Parlaments v. 6.7.2020
Beschluss des Präsidiums v. 7.3.2011	Regelungen für den Europäischen Bürgerpreis, Beschluss des Präsidiums des Europäischen Parlaments v. 7.3.2011, zuletzt geändert durch Beschluss des Präsidiums des Europäischen Parlaments v. 10.2.2020 (abrufbar unter: www.europarl.europa.eu/germany/resource/static/files/import/burgerpreis/ecp-final-rules-bureau_de.pdf)
Beschluss des Präsidiums v. 2.7.2012	Vorschriften für die Verwaltung der Dokumente des Europäischen Parlaments, Beschluss des Präsidiums des Europäischen Parlaments v. 2.7.2012 (abrufbar unter: www.europarl.europa.eu/RegData/publications/reg/EP-PE_REG(2012)0001_DE.pdf)
Beschluss des Präsidiums v. 15.4.2013	Beschluss des Präsidiums des Europäischen Parlaments v. 15.4.2013 über die Regeln zur Behandlung vertraulicher Informationen durch das Europäische Parlament, ABl. 2014 C 96, S. 1
Beschluss (2) des Präsidiums v. 15.4.2013	Durchführungsmaßnahmen zum Verhaltenskodex für die Mitglieder des Europäischen Parlaments im Bereich finanzielle Interessen und Interessenkonflikte (= Anlage I GOEP), Beschluss des Präsidiums des Europäischen Parlaments v. 15.4.2013 (abrufbar unter: www.europarl.europa.eu/pdf/meps/926701_1_DE_IM_DEF.pdf)
Beschluss des Präsidiums v. 16.6.2014	Regelungen für den Betrieb des Wissenschaftlichen Dienstes für die Mitglieder, Beschluss des Präsidiums des Europäischen Parlaments v. 16.6.2014
Beschluss des Präsidiums v. 17.6.2019	Beschluss des Präsidiums des Europäischen Parlaments v. 17.6.2019 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) 2018/1725 des Europäischen Parlaments und des Rates zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe, Einrichtungen und

	sonstigen Stellen der Union, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 45/2001 und des Beschlusses Nr. 1247/2002/EG, ABl. C 259, S. 2
Beschluss des Präsidiums v. 1.7.2019	Verhaltenskodex Mehrsprachigkeit, Beschluss des Präsidiums des Europäischen Parlaments v. 1.7.2019 (abrufbar unter: www.europarl.europa.eu/cmsdata/199336/1185918_DE.pdf)
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGG	Gesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (Behindertengleichstellungsgesetz)
BT-Drucks.	Bundestagsdrucksache
BT-Plenarprotokoll	Stenografischer Bericht über die (jeweilige) Sitzung des Deutschen Bundestages
BV	Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, hrsgg. v. den Mitgliedern des Bundesverfassungsgerichts (Entscheidungssammlung)
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
Ch.	Chapter(s)
Cl.	clause(s)
CML Rev.	Common Market Law Review (Zeitschrift)
CRS	Congressional Research Service
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern e.V.
dass.	dasselbe
dems.	demselben
dens.	denselben
ders.	derselbe
DG	Directorate General
dies.	dieselbe(n)
Direktwahlakt	Beschluss und Akt zur Einführung allgemeiner unmittelbarer Wahlen der Mitglieder des Europäischen Parlaments v. 20.9.1976, ABl. L 278, S. 5, ber. ABl. 1976 L 326, S. 32; zuletzt geändert durch Art. 1 ÄndB (EU, Euratom) 2018/994 v. 13.7.2018, ABl. L 178, S. 1
Diss.	Dissertation
DJT	Deutscher Juristentag
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung (Zeitschrift)
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
Drucks.	Drucksache
DSGVO	Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates v. 27.4.2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung), ABl. L 119, S. 1
dt.	deutsch
Durchführungsbestimmungen zum Abgeordnetenstatut	Beschluss des Präsidiums des Europäischen Parlaments v. 19.5. und 9.7.2008 mit Durchführungsbestimmungen zum Abgeordnetenstatut des Europäischen Parlaments (2009/C 159/01), ABl. C 159, S. 1, zuletzt geändert durch Beschluss des Präsidiums des Europäischen Parlaments vom 16.12.2019, ABl. C 431, S. 9

Durchführungsbestimmungen des Bürgerbeauftragten DVBl.	Beschluss des Europäischen Bürgerbeauftragten zur Annahme von Durchführungsbestimmungen (abrufbar unter: www.ombudsman.europa.eu/export-pdf/de/373)
EBA-VO	Deutsches Verwaltungsblatt (Zeitschrift)
	Verordnung (EU) Nr. 1093/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Errichtung einer Europäischen Aufsichtsbehörde (Europäische Bankenaufsichtsbehörde), zur Änderung des Beschlusses Nr. 716/2009/EG und zur Aufhebung des Beschlusses 2009/78/EG der Kommission v. 24.11.2010, ABl. L 331, S. 12
ebd.	ebenda
EG	Europäische Gemeinschaft(en)
EG-Archive-VO	Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 354/83 des Rates v. 1.2.1983 über die Freigabe der historischen Archive der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft, ABl. L 43, S. 1
EGKS-Vertrag	Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (i. d. F. bis 30.11.2009)
EIB	Europäische Investitionsbank
EJIL	European Journal of International Law (Zeitschrift)
EJPR	European Journal of Political Research (Zeitschrift)
ELJ	European Law Journal (Zeitschrift)
E.L. Rev.	European Law Review
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
endg.	endgültig
EP	Europäisches Parlament
EPRS	European Parliamentary Research Service
EP-Wahlrechts-RL	Richtlinie 93/109/EG des Rates v. 6.12.1993 über die Einzelheiten der Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts bei den Wahlen zum Europäischen Parlament für Unionsbürger mit Wohnsitz in einem Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit sie nicht besitzen, ABl. L 329, S.34
ESMFinG	Gesetz zur finanziellen Beteiligung am Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM-Finanzierungsgesetz – ESMFinG)
EU	Europäische Union
EU-Bürgerinitiative-VO	Verordnung (EU) 2019/788 des Europäischen Parlaments und des Rates v. 17.4.2019 über die Europäische Bürgerinitiative, ABl. L 130, S. 55
EuG	Gericht der Europäischen Union (vormals: Gericht erster Instanz der Europäischen Gemeinschaften)
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union (vormals: Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften)
EUP	European Union Politics (Zeitschrift)
EuR	Europarecht (Zeitschrift)
Europol-VO	Verordnung (EU) 2016/794 des Europäischen Parlaments und des Rates v. 11.5.2016 über die Agentur der Europäischen Union

	für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol) und zur Ersetzung und Aufhebung der Beschlüsse 2009/371/JI, 2009/934/JI, 2009/935/JI, 2009/936/JI und 2009/968/JI des Rates, ABl. L 135, S. 53
EurUP	Zeitschrift für Europäisches Umwelt- und Planungsrecht
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuWG	Gesetz über die Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland (Europawahlgesetz)
EUZBBG	Gesetz über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EVP	Europäische Volkspartei
EWG-Vertrag	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
EZB	Europäische Zentralbank
f./ff.	folgende
FOIA	Freedom of Information Act
Frontex-VO	Verordnung (EU) 2019/1896 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Europäische Grenz- und Küstenwache und zur Aufhebung der Verordnungen (EU) Nr. 1052/2013 und (EU) 2016/1624 v. 13.11.2019, ABl. L 295, S. 1
Fußn.	Fußnote(n)
GA	Goldammer's Archiv für Strafrecht (Zeitschrift)
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GD	Generaldirektion
gem.	gemäß
GewArch	Gewerbearchiv (Zeitschrift)
GG	Grundgesetz
GK	Große Kammer
GLJ	German Law Journal (Zeitschrift)
GOBT	Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages i. d. F. der Bekanntmachung v. 7.10.2020, BGBl. I, S. 2067
GOEP	Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments (9. Wahlperiode – Juli 2019), ABl. L 302, S. 1.
GORat	Geschäftsordnung des Rates v. 1.12.2009, ABl. L 325, S. 35; zuletzt geändert durch Art. 1 Beschluss (EU, Euratom) 2019/2209 v. 16.12.2019, ABl. L 332, S. 152.
GO Vermittlungsausschuss	Gemeinsame Geschäftsordnung des Bundestages und des Bundesrates für den Ausschuss nach Artikel 77 des Grundgesetzes (Vermittlungsausschuss) v. 5.5.1951, BGBl. II, S. 103, zuletzt geändert durch Bekanntmachung v. 30.4.2003, BGBl. I, S. 677
GRN	Geschäftsreglement des Nationalrates (Schweiz)
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht (Zeitschrift)
GSOBT	Geheimhaltungsordnung des Deutschen Bundestages
GSV	Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
GVwR	Grundlagen des Verwaltungsrechts

HC Standing Order	Standing Order des House of Commons
HdbDStR	Handbuch des Deutschen Staatsrechts
HdbVerfR	Handbuch des Verfassungsrechts
HDZ	Hrvatska demokratska zajednica (dt.: Kroatische Demokratische Union)
HGR	Handbuch der Grundrechte in Deutschland und Europa
H.i.O.	Hervorhebung(en) im Original
h.L.	herrschende Lehre
h.M.	herrschende Meinung
HmbVerf	Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg
House Rule	Rule of the House of Representatives (USA)
Hrsg.	Herausgeber(in[nen])
hrsgg.	herausgegeben
Hs.	Halbsatz
HStR	Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland
HV	Verfassung des Landes Hessen
HVerfR	Handbuch des Verfassungsrechts. Darstellung in transnationaler Perspektive
i.d.F.	in der Fassung
i.E.	im Ergebnis
i.e.S.	im engen Sinne
IFG	Gesetz zur Regelung des Zugangs zu Informationen des Bundes (Informationsfreiheitsgesetz)
insb.	insbesondere
Interinstitutionelle Vereinbarung EP – EZB	Interinstitutionelle Vereinbarung zwischen dem Europäischen Parlament und der Europäischen Zentralbank über die praktischen Modalitäten für die Ausübung der demokratischen Rechenschaftspflicht und die Kontrolle über die Wahrnehmung der der EZB im Rahmen des einheitlichen Aufsichtsmechanismus übertragenen Aufgaben (2013/694/EU), ABl. 2013 L 320, S. 1
Interinstitutionelle Vereinbarung EP – Rat über Verschlusssachen	Interinstitutionelle Vereinbarung v. 12.3.2014 zwischen dem Europäischen Parlament und dem Rat über die Übermittlung an und die Bearbeitung durch das Europäische Parlament von im Besitz des Rates befindlichen Verschlusssachen in Bezug auf Angelegenheiten, die nicht unter die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik fallen, ABl. C 95, S. 1
Interinstitutionelle Vereinbarung EP – Rat über den Zugang zu sensiblen Informationen im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik	Interinstitutionelle Vereinbarung v. 20.11.2002 zwischen dem Europäischen Parlament und dem Rat über den Zugang des Europäischen Parlaments zu sensiblen Informationen des Rates im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, ABl. C 298, S. 1
Interinstitutionelle Vereinbarung über Bessere Rechtsetzung	Interinstitutionelle Vereinbarung zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat der Europäischen Union und der Europäischen Kommission über Bessere Rechtsetzung v. 13.4.2016, ABl. L 123, S. 1

IntVG	Gesetz über die Wahrnehmung der Integrationsverantwortung des Bundestages und des Bundesrates in Angelegenheiten der Europäischen Union (Integrationsverantwortungsgesetz – IntVG)
i. S.e.	im Sinne einer
i. S.v.	im Sinne von
JbUTR	Jahrbuch des Umwelt- und Technikrechts (Zeitschrift)
JCMS	Journal of Common Market Studies (Zeitschrift)
JEPP	Journal of European Public Policy (Zeitschrift)
JöR	Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart (Zeitschrift)
JRP	Journal für Rechtspolitik (Zeitschrift)
Jura	Juristische Ausbildung (Zeitschrift)
JuS	Juristische Schulung (Zeitschrift)
JZ	JuristenZeitung (Zeitschrift)
lit.	littera
LS	Leitsatz
Kap.	Kapitel
KEK	Kommission zur Ermittlung der Konzentration im Medienbereich
Komitologie-VO	Verordnung (EU) Nr. 182/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates v. 16.2.2011 zur Festlegung der allgemeinen Regeln und Grundsätze, nach denen die Mitgliedstaaten die Wahrnehmung der Durchführungsbefugnisse durch die Kommission kontrollieren, ABl. L 55, S. 13
KommJur	Kommunaljurist (Zeitschrift)
KritV	Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft (Zeitschrift)
Leitfaden WD	Leitfaden für die Unterabteilung Wissenschaftliche Dienste (WD), Stand: 18.2.2016 (abrufbar unter: https://fragdenstaat.de/anfrage/leitfaden-wd/)
LG	Landgericht
LMedienG	Landesmediengesetz
LMuR	Lebensmittel & Recht (Zeitschrift)
LPG	Landespressegesetz
LTO	Legal Tribune Online
LV	Landesverfassung
m.	mit
MdEP	Mitglied(er) des Europäischen Parlaments
m.E.	meines Erachtens
MMR	Zeitschrift für IT-Recht und Recht der Digitalisierung
MStV	Medienstaatsvertrag
m. w. Nachw.	mit weiteren Nachweisen
Nachw.	Nachweis(e)
NGO(s)	Nichtregierungsorganisation(en)
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift Rechtsprechungs-Report Zivilrecht
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NWVB.	Nordrhein-Westfälische Verwaltungsblätter (Zeitschrift)
OB	Oberbürgermeister

o.J.	ohne Jahr
OLG	Oberlandesgericht
ORF	Österreichischer Rundfunk
OVG	Oberverwaltungsgericht
ParlG	Bundesgesetz über die Bundesversammlung (ParlG – Parlamentsgesetz) (Schweiz)
ParlVV	Parlamentsverwaltungsverordnung (Schweiz)
Parteienstatut	Verordnung (EU, Euratom) Nr. 1141/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates v. 22.10.2014 über das Statut und die Finanzierung europäischer politischer Parteien und europäischer politischer Stiftungen, ABl. 2016 L 131, S. 91, zuletzt geändert durch VO (EU, Euratom) 2019/493 des Europäischen Parlaments und des Rates v. 25.3.2019, ABl. L 85I, S. 7.
PetitionsausschussG	Gesetz über die Befugnisse des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages (Gesetz nach Artikel 45c des Grundgesetzes)
PKGrG	Gesetz über die parlamentarische Kontrolle nachrichtendienstlicher Tätigkeit des Bundes (Kontrollgremiumgesetz)
PresseG	Pressegesetz
Protokoll Nr. 1 zum Vertrag von Lissabon	Protokoll (Nr. 1) über die Rolle der nationalen Parlamente in der Europäischen Union
Protokoll Nr. 2 zum Vertrag von Lissabon	Protokoll (Nr. 2) über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit
Protokoll Nr. 5 zum Vertrag von Lissabon	Protokoll (Nr. 5) über die Satzung der Europäischen Investitionsbank
Protokoll Nr. 6 zum Vertrag von Lissabon	Protokoll (Nr. 6) über die Festlegung der Sitze der Organe und bestimmter Einrichtungen, sonstiger Stellen und Dienststellen der Europäischen Union
Protokoll Nr. 7 zum Vertrag von Lissabon	Protokoll (Nr. 7) über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Union
Protokoll Nr. 14 zum Vertrag von Lissabon	Protokoll (Nr. 14) betreffend die Euro-Gruppe
PUAG	Gesetz zur Regelung des Rechts der Untersuchungsausschüsse des Deutschen Bundestages
PVS	Politische Vierteljahresschrift (Zeitschrift)
Rahmenvereinbarung EP – Kommission	Rahmenvereinbarung über die Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission, ABl. 2010 L 304, S. 47 (zuletzt geändert durch Vereinbarung zwischen dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission über die Änderung von Nummer 4 der Rahmenvereinbarung über die Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission, ABl. 2018 L 45, S. 46)
Rdnr.	Randnummer(n)
RDV	Recht der Datenverarbeitung (Zeitschrift)
Richtlinie für die Behandlung der	Richtlinien für die Behandlung der Ausschussprotokolle gemäß § 73 Abs. 3 GO-BT v. 16.9.1975, geändert durch Beschluss des